

2014



Jahrbuch für Politik und Geschichte

Geschichte

Franz Steiner Verlag

Band 5 | 2014 |

25 Jahre europäische Wende

Herausgegeben von
Claudia Fröhlich
Harald Schmid
Birgit Schwelling

JPG

Jahrbuch für Politik und Geschichte

Band 5

JAHRBUCH FÜR POLITIK UND GESCHICHTE

Schwerpunkt:
25 Jahre europäische Wende

JPG 5 (2014)



Franz Steiner Verlag

J A H R B U C H F Ü R P O L I T I K U N D G E S C H I C H T E

Herausgegeben von Dr. Claudia Fröhlich, Dr. Harald Schmid, Dr. habil. Birgit Schwellung

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Aleida Assmann, Prof. Dr. Horst-Alfred Heinrich,
Prof. Dr. Helmut König, Prof. Dr. Bill Niven, Prof. Dr. Peter Reichel,
Prof. Dr. Peter Steinbach, Prof. Dr. Edgar Wolfrum

www.steiner-verlag.de/jpg

Umschlagabbildung: Informationstafel in Gleichen-Vogelsang zwischen Thüringen und Hessen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze, 2010. © Doris Antony, Berlin/Creative Commons.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig und strafbar.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014
Druck: AZ Druck und Datentechnik, Kempten
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.
Printed in Germany.
ISSN 2191-2289
ISBN 978-3-515-10912-3 (Print)
ISBN 978-3-515-10915-4 (E-Book)

INHALT

Claudia Fröhlich, Harald Schmid, Birgit Schwelling
Editorial 5

Schwerpunkt: 25 Jahre europäische Wende

Stefan Troebst
Gemeinschaftsbildung durch Geschichtspolitik?
Anläufe der Europäischen Union zur Stiftung einer
erinnerungsbasierten Bürgeridentität 15

Arnd Bauerkämper
Auf dem Weg zu einer europäischen Erinnerungskultur?
Der Nationalsozialismus, der Zweite Weltkrieg, der Holocaust
und die stalinistischen Verbrechen im Gedächtnis der Europäer seit 1945 43

Harald Wydra
Europäische Hintergründe des Vergessens in Ost und West 67

Ljiljana Radonic
Postsozialistische Gedenkmuseen zwischen nationalen Opfernarrativen
und der ‚Europäisierung der Erinnerung‘ 85

Bettina Greiner
Ohne ‚Schmerzensspur‘: Stalinistische Verfolgung und Haft in Deutschland... 107

Atelier & Galerie

Erika Doss
Transnational 9/11 Memorials: American Exceptionalism
and Global Memories of Terrorism 123

Bianca Roitsch, Anette Blaschke
Ein fotografischer Blick auf die innerdeutsche Grenze.
Der ‚Augensinn‘ westdeutscher Zollbeamter zwischen den 1950er-
und 1980er-Jahren 143

Manuel Becker

„Geschichte als Argument“ – ein Stiefkind der neueren
geschichtspolitischen Forschung 173

Aktuelles Forum

Peter Steinbach

Kein Abgesang!

Historische Grundlagen der Politik.

Abschiedsvorlesung, gehalten an der Universität Mannheim

am 18. September 2013 191

Uwe Bader

Die Rheinwiesenlager – eine Herausforderung für die

historisch-politische Bildungsarbeit in Rheinland-Pfalz 205

Fundstück

Harald Schmid

Einführung 217

Joe Perry

The Madonna of Stalingrad: Mastering the (Christmas) Past

and West German National Identity after World War II 223

Forschungsbericht

Volker Depkat

Autobiografie und Biografie im Zeichen des *Cultural Turn* 247

Autorinnen und Autoren 267

EDITORIAL

Claudia Fröhlich, Harald Schmid, Birgit Schwelling

25 Jahre europäische Wende

Das moderne Europa hat gleich mehrere, große Teile des Kontinents und darüber hinaus prägende politische Umbrüche erlebt – und oft erlitten. Die Französische Revolution, der Aufstieg des modernen Verfassungsstaates, der Erste Weltkrieg inklusive die darin wurzelnden Revolutionen, Stalinismus, Nationalsozialismus, Faschismus, Vernichtungs- und Weltkrieg, Völkerverschiebungen, Teilung des Kontinents durch den Kalten Krieg, die Entwicklung zur westeuropäischen EG – und die Wende des Jahres 1989, die sich nun zum 25. Mal jährt, haben Europas Weg in die und aus der Moderne umfassend bestimmt. Derlei epochale Einschnitte wälzen das Soziale, Ökonomische, Politische und Kulturelle der betreffenden Gesellschaften um. Die Tiefe des Einschnitts in gesellschaftliche Strukturen war dabei stets auch ein Maß für die Prägung der Erinnerungen und Gedächtnisse.

So wie die Jahreszahlen 1789, 1914/17/18, 1933 und 1945 zu weltgeschichtlichen Symbolen geronnen sind, hat auch 1989 längst diesen Status angenommen. Aus der Sicht der unruhigen Jahre 2013 und 2014 muss freilich noch unklar bleiben, ob die verbreitete Deutung von 1989/91 als das Ende des Kalten Krieges und Sieg des westlichen Demokratie- und Gesellschaftsmodells nur dem großen historischen Moment geschuldet war oder womöglich zutreffender als eine Atempause mit anschließender Neudefinition westlicher und östlicher Machtsphären zu verstehen ist. Das von manchen als europäisches Wunder etikettierte Jahr 1989 haben jedenfalls die zuvor unterdrückten Länder des vormaligen sowjetischen Machtbereichs nahezu ungeteilt als Jahr der Wiederkehr der Freiheit begriffen. Gewiss, die Befreiung von sozialistischer Einheitsdiktatur, Geheimpolizei und sowjetischem Einfluss verlief in den einzelnen Gesellschaften unterschiedlich, aber am Ende stand die Abschüttelung staatlichen Terrors, der jahrzehntelangen politischen Verfolgung und Repression, persönlichen Bevormundung und ökonomischen Gängelung. Diese Emanzipationsgeschichte war in großen Teilen das Ergebnis mutigen öffentlichen Engagements und Aufbegehrens gegen die zuvor scheinbar allmächtige Staatsmacht. *Conditio sine qua non* freilich war die von Michail Gorbatschow negierte Breschnew-Doktrin und der innere, zumal ökonomische Zerfall der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten. Der Verzicht auf militärische Intervention, die bis dato alle Aufstände in Ost- und Ostmitteleuropa zunichte gemacht hatte, öffne-

te den Freiheitsbewegungen in Polen, der DDR, in Rumänien, Bulgarien, Ungarn der Tschechoslowakei und in den baltischen Staaten das entscheidende Tor.

1989 steht für die Wiedervereinigung Europas im Zeichen freiheitlich demokratischer, marktliberaler Gesellschaften. Aber es wäre Geschichtsklitterung, dieses Datum und vor allem die darauf folgenden Jahre nur positiv zu zeichnen. Die radikalen gesellschaftlichen Transformationen, die den demokratischen Freiheitsbewegungen folgten, haben nicht nur Diktaturen gestürzt und ihre Eliten – zumindest zeitweise – entmachtet, sondern auch Biografien entwurzelt, Lebensentwürfe zunichte gemacht, selbstverständlichen Orientierungen den Boden entzogen und soziale Spaltungen provoziert.

Diese so durchaus ambivalente Wende hat seither auch die europäische Gedächtnislandkarte durcheinandergewürfelt. „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“¹ – Willy Brandts vielzitiertes Diktum vom November 1989 war auf Deutschland bezogen; doch weil mit dem Ende der deutschen Teilung auch die Teilung Europas an ihr Ende gekommen war, war damit auch der europäische und welthistorische Epochenbruch bezeichnet. Doch heute zeigt sich deutlicher als vor 25 Jahren: Was jahrzehntelang politisch-ideologisch getrennt und gespalten war, fügte sich erinnerungskulturell nicht einfach zusammen, sondern spiegelte die zentralen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts in scharfen Kontrasten. Nationalsozialismus- und Holocaust-Fokussierung Westeuropas sahen sich konfrontiert mit der weitaus längeren und noch nahen Erfahrung von Stalinismus, Gulag und Geheimpolizei. Die osteuropäische Wende zu westlich geprägten Staats- und Gesellschaftsformationen begleitete ein zunächst eher untergründiger geschichts- und identitätspolitischer Gegensatz, der insbesondere nach der Osterweiterung der EU von 2004 in einem offenen Gedächtniskonflikt kulminierte.

Diese, von der Forschung inzwischen als *clash of cultures of remembrance* (Stefan Troebst) bezeichnete Auseinandersetzung schwelt seit 1989 und kam in den vergangenen Jahren bereits verschiedentlich zum Ausbruch. Auch das JPG hat das Thema aufgegriffen.² Die 25. kalendarische Wiederkehr des europäischen Umbruchs ist nun Anlass genug, im *Schwerpunkt* diesem Geschichtsbild- und Gedächtniskonflikt nachzugehen. Fragen politisch-kultureller Zugehörigkeit, gebrochener Erinnerung und der Suche nach gemeinsamen historischen Wurzeln sowie nach tragfähigen Umgangsformen mit divergierenden historischen Identitäten bilden einen Fokus des *Schwerpunkts*.

Zu dieser Ausgabe

Die damit angesprochene geschichtspolitische und erinnerungskulturelle Konfrontation, auch ein Konflikt um die kulturpolitische Hegemonie des ‚alten‘ und des

1 Vgl. Bernd Rother: Gilt das gesprochene Wort? Wann und wo sagte Willy Brandt „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“?, in: Deutschland Archiv 33 (2000) 1, S. 90–93.

2 Siehe die Beiträge von Katarzyna Stokłosa (Bd. 2, 2011), Elisabeth Kübler und Birgit Schwellung (beide Bd. 3, 2012) sowie Stefan Krankenhagen (Bd. 4, 2013).

„neuen“ Europas, ist ein Ausdruck unterschiedlicher, mithin konträrer historischer, identitätspolitischer und normativer Orientierungen. Kurzum, eine auch allgemeinpolitisch relevante Konstellation.

Gleichzeitig wird der Gegensatz aber auch als konstruktive Herausforderung zur Prägung einer gemeinsamen europäischen Identität aufgegriffen. So etwa in den Versuchen, ein Europäisches Museum aufzubauen, in dem die nationalen historischen Narrative mit Blick auf Europa zusammengeführt werden sollen.

Dabei sollte nicht übersehen werden, dass das Ende der europäischen Nachkriegsordnung von 1945/49 auch in Westeuropa erinnerungskulturelle und geschichtspolitische Folgen zeitigte – als Resultat nicht zuletzt des Generationenwechsels lösten sich Geschichtsbilder langsam sowohl von den Erlebnisgenerationen als auch von verfestigten nationalen Stereotypen. Mitunter von scharfen öffentlichen Auseinandersetzungen begleitet, öffneten die neuen Deutungsakteure die Erinnerungskulturen für pluralere und kritischere Sichtweisen. So geschehen beispielsweise in Frankreich, Spanien, Italien, Österreich und Skandinavien.

Wie schon während der Jahrzehnte der Blockkonfrontation kam Deutschland auch nach 1989 eine besondere Position zu: War das zuvor geteilte Land Schauplatz des direkten Aufeinandertreffens der beiden Blöcke, so ist Deutschland auch die einzige Gesellschaft, die sich nach der europäischen Wende mit beiden Großereignissen des 20. Jahrhunderts geschichts- und identitätspolitisch auseinandersetzen muss – der in den frühen 1990er-Jahren geprägte Begriff der „doppelten Vergangenheitsbewältigung“ ist nur auf das vereinigte Deutschland sinnvoll anzuwenden. Hier stießen die beiden weltpolitischen Blöcke auf- und aneinander, hier findet die parallele Aufarbeitung zweier Vergangenheitsschichten in gegenseitiger Reflexion – und mitunter Konkurrenz – statt.

Die *Schwerpunkt*-Beiträge dieser Ausgabe reflektieren maßgebliche Aspekte dieser vielschichtigen europäischen Problemlage. Stefan Troebst verfolgt in seinem einführenden Beitrag „Gemeinschaftsbildung durch Geschichtspolitik?“ in einem Längsschnitt die Ansätze der Europäischen Union und ihrer Vorläufer, mittels Erinnerung und Geschichte die Identität ihrer Bürgerschaft zu prägen. In den Mittelpunkt rückt der Autor die Entwicklung von Geschichte als „identifikatorischem Referenzrahmen“ auf institutioneller europäischer Ebene und fragt nach der gemeinschaftsbildenden Funktion von Geschichtspolitik. Sein Befund verweist auf die gewachsene Bedeutung dieses Politikfelds, aber auch auf die immer noch nachgeordnete Relevanz desselben. Er schließt mit einer gewissen Skepsis gegenüber der Chance transnationaler Akteure, mit geschichtspolitischen Mitteln Kollektividentität zu stiften. Immerhin, so Troebst, habe sich die Politik inzwischen diskursiver und multiperspektivischer entwickelt.

Daran schließt unmittelbar der Beitrag Arnd Bauerkämpers an. Er diskutiert am Beispiel der Erinnerungen an den Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg, den NS-Genozid und die stalinistische Verbrechen die Möglichkeit einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur. Ein einheitliches Gedächtnis, so Bauerkämpfer, habe sich in Europa seit 1945 nicht herausgebildet. Stattdessen sei die Erinnerung an die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts plural und umstritten geblieben. Er argumentiert deshalb für eine differenzierte Betrachtungsweise

der europäischen Erinnerungslandschaft, um insbesondere räumliche, zeitliche und generationelle Differenzen herauszuarbeiten und das Erinnern als offenen und relationalen Prozess zu verstehen. Er verweist darauf, dass die verstärkte Präferenz für ein universalistisches Opfergedächtnis auch in Westeuropa nationale Gedächtnisregimes verändert habe, ohne diese zu ersetzen; vielmehr seien sie „mit dem Bezug auf Menschenrechte durch eine selbstkritische ‚dünne‘ Erinnerungskultur überlagert worden“.

Mit erinnerungskulturellen Asymmetrien setzt sich Harald Wydra auseinander. Grundlage seines Aufsatzes ist folgende These: „Um zu verstehen wie Europäer auf beiden Seiten des ehemaligen Eisernen Vorhangs erinnern, müssen die kollektiven Bedingungen erfasst werden, unter denen in diesen Gemeinschaften Orientierungsrahmen ‚vergessen‘ wurden.“ Er plädiert für eine „kritische Reflexion der Kodierung des kulturellen Gedächtnisses in Europa“. Während in (West-)Deutschland nach 1945 eine Art nationale Selbstvergessenheit bis hin zu einer Identifikation mit Opfern des Nationalsozialismus zu beobachten sei, habe das Vergessen in Ostmitteleuropa Ideen nationaler Selbstbestimmung und historischen Revisionismus befördert. Wydra kommt zu dem Schluss: „Vor dem ererbten Hintergrund des Vergessens von Orientierungsrahmen sind Parameter des kulturellen Gedächtnisses in Deutschland und in Ostmitteleuropa letztendlich unvereinbar.“

In gewisser Hinsicht stehen auch in Bettina Greiners Aufsatz solche Asymmetrien im Fokus, wengleich etwas anders gelagert. Am Beispiel des öffentlichen Umgangs mit der Erinnerung an die sowjetischen Speziallager geht sie der Frage der Integration dieser Erinnerungsorte in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts nach. Sie widmet sich dem Wiederhall der Speziallager in der Erinnerungskultur des vereinten Deutschlands und fragt: „Warum entzieht sich dieses Kapitel deutscher Gewaltgeschichte seiner Verortung?“ Obgleich es offenkundig ein Potenzial der Geschichte der Speziallager zur „Streitgeschichte“ gibt, das insbesondere in der Frage einer adäquaten Gewichtung von Täter- und Opfergeschichte an Gedenkortorten „doppelter Vergangenheit“ liegt, fanden die entsprechenden Erinnerungsorte kein öffentliches Interesse. Anhand einzelner Beispiele zeigt sie zugrundeliegende Konflikte um diese Orte auf. Greiner kritisiert so ein Missverhältnis von gegenwärtiger Erinnerung und Vergangenheit.

Welche Stellung nehmen postsozialistische Museen zum Zweiten Weltkrieg im Kontext der Europäisierung der Erinnerung ein? Ljiljana Radonic untersucht in ihrem *Schwerpunkt*-Beitrag, „wie ‚doppelte‘ Okkupation und der Holocaust, Opfernarrative und Kollaboration in den jeweiligen Ländern verhandelt werden und welche Auswirkungen die EU-Beitrittsbemühungen darauf hatten“. Sie vergleicht hierzu Ausstellungen und Museumskataloge großer staatlicher Museen miteinander. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass ein Teil der Museen für das eigene, anti-kommunistische Opfernarrativ bedrohlich erscheinende Aspekte des Nationalsozialismus einzudämmen bestrebt sei, während in anderen Museen die ‚Anrufung‘ Europas und die ‚Europäisierung des Holocaust‘ vorherrsche.

Die Terroranschläge des 11. September 2001 haben sich tief ins kollektive Gedächtnis eingeschrieben. Dass dieses globale Medienereignis auch außerhalb der USA erinnerungskulturelle Spuren hinterlassen hat, kann Erika Doss in der

Rubrik *Atelier & Galerie* mit ihrem Beitrag „Transnational 9/11 Memorials: American Exceptionalism and Global Memories of Terrorism“ zeigen. Über 50 Gedenkorte wurden in Ländern von Australien bis Spanien eingerichtet. Die Autorin fragt nach der Bedeutung des Faktums, dass andere Nationen fortgesetzt an die Terroranschläge erinnern, obwohl diese doch in den USA geschahen. Damit ist auch die Frage verbunden, was dieser Umstand über die Globalisierung der nord-amerikanischen politischen Kultur aussagt. Doss sieht hierin einen Indikator für die politisch-kulturelle Reichweite des US-Imperiums.

Bianca Roitsch und Anette Blaschke stellen in ihrem Aufsatz Amateurfotografien westdeutscher Zollbeamter der deutsch-deutschen Grenze in ihrer erinnerungskulturellen Bedeutung vor. Ausgehend von einer Analyse des „Dokumentensinns“ der Fotos, formulieren die Autorinnen die These, dass eine „Gegenüberstellung“ der Fotos von der „alltäglichen Praxis an der innerdeutschen Grenze“ mit „Bildikonen“ bisherige historische „Meistererzählungen in Frage stellen oder zumindest ergänzen“ können. Daneben beschreiben sie die Bedeutung der Fotos westdeutscher Zollbeamter für autobiografische erinnerungskulturelle Konstruktionen.

Erinnerungskulturell betrachtet sind Fotografien ebenso wie Denkmäler und Mahnmale Teil der öffentlichen Argumentation mit Geschichte. Dieses rhetorische Grundmuster zählt zum Kernbestand jeder Geschichtspolitik, sei es unmittelbar sprachlich oder indirekt mit anderen Formen des Rückbezugs. Vor diesem Hintergrund befasst sich Manuel Becker aus geschichtspolitologischer Sicht mit dem in den 1970er-Jahren entstandenen Konzept „Geschichte als Argument“. Er rekapituliert die geschichtsdidaktische und -wissenschaftliche Genese des Ansatzes sowie dessen Rezeption, um dann darauf aufbauend einen „neuen Ansatz“ zu entwickeln. Sein vorgeschlagenes Analyseraster eines „zweistufigen Verfahrens für wissenschaftliche Untersuchungen zur Geschichte als Argument“ ist auf praktische Kontexte bezogen, indem er der Politikwissenschaft damit ein Mittel an die Hand geben möchte, um die in der Politik oftmals eingesetzte geschichtspolitische Rhetorik professionell zu analysieren.

Das *Aktuelle Forum* eröffnen wir in dieser Ausgabe des JPG mit der Abschiedsvorlesung von Peter Steinbach, gehalten im September 2013 an der Universität Mannheim. Wir sind besonders glücklich, diesen Text präsentieren zu können, und zwar aus zwei Gründen: Peter Steinbach ist hierzulande einer, wenn nicht *der* maßgebliche Historiker und Politikwissenschaftler, der den Forschungs- und Arbeitszusammenhang von ‚Politik und Geschichte‘ durch seine Forschungsarbeit entfaltet und geprägt sowie vielfach und kontinuierlich gefördert – und eingefördert hat. Das JPG und der dem Jahrbuch eng verbundene, 1997 von Steinbach zusammen mit Peter Reichel und Edgar Wolfrum ins Leben gerufene Arbeitskreis „Politik und Geschichte“ in der *Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft*, verdanken ihm wichtige konzeptionelle Impulse und eine engagierte Unterstützung. Eindrucksvoll entwickelt Steinbach – zweitens – die Überzeugung von der historischen Politikforschung in seiner Vorlesung unter dem Titel „Kein Abgesang! Historische Grundlagen der Politik“. Er zeigt, welche Bedeutung die „historische Dimensionierung“ für politisches Handeln hat; disziplinär

plädiert er mit Nachdruck gegen die isolierende Verengung und für die Verschränkung von Geschichts- und Sozialwissenschaften. Die „doppelte Abwendung“ beider Wissenschaftszweige voneinander, besonders die Entfernung der deutschen Politikwissenschaft von historischen Fragestellungen, markiert er als bedenkliche Entwicklung – die einst als „Laboratorium des Sozialwissenschaftlers“ verstandene Geschichte sieht er als „zunehmend verwaist“. „Genügt es heute wirklich“, fragt Steinbach, „wie ein verkürztes Verständnis der empirischen Politikwissenschaft behauptet, die Gegenwart präzise zu vermessen, demoskopisch zu bestimmen, sie quantitativ zu beschreiben?“ Er erinnert die Historiker/innen ebenso wie die Sozialwissenschaftler/innen an die Notwendigkeit, sich jeweils gegenseitig zu rezipieren, systematisch zu berücksichtigen – als Korrektiv- und Präzisierungswissenschaften. Steinbach schließt seine Vorlesung mit der „Vision“ einer Aufhebung der Trennung von Geschichts- und Sozial-/Politikwissenschaft zugunsten des Nachweises der „Relevanz der Fächer für den öffentlichen Diskurs und das kritische Verständnis politischer Kommunikationsstrategien“. In diesem Sinne freuen wir uns doppelt, mit seinem konzeptionellen Beitrag gleichsam einen Steinwurf ins Wasser zweier Disziplinen vorstellen zu können, der besondere Aufmerksamkeit verdient.

Uwe Bader breitet im zweiten Beitrag dieser Rubrik ein – nicht nur – lokales Problem der Erinnerungskultur aus. Er schildert aus der Sicht der *Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz* den Umgang mit der Erinnerung an die Rheinwiesentaler Lager. Der Begriff steht für die Kriegsgefangenenlager, die die westlichen Alliierten nach der Befreiung Südwestdeutschlands für Soldaten der Wehrmacht eingerichtet hatten und die größtenteils nur wenige Monate existierten. Aufgrund der teil- und zeitweise katastrophal schlechten Versorgung der Soldaten starben mehrere tausend, vielleicht zehntausende Soldaten. Bader zeichnet nach, wie die historisch-politische Bildungsarbeit in Gang kam, nachdem rechtsextreme Gruppen zunehmend das Gedenken der deutschen Soldatenopfer in diesen Lagern in ihre Mobilisierung und Propaganda integrierten. Baders Bericht verweist auf die Bedeutung unaufgeregter, faktenorientierter zeitgeschichtlicher Aufklärung – eine vorrangige Aufgabe jeder Erinnerungskultur.

Die JPG-Rubrik *Fundstück* ist originellen Quellen und abseitig publizierten oder ‚vergessenen‘, wichtigen wissenschaftlichen Texten aus den Feldern von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur vorbehalten, auch aus der internationalen Forschung. In dieser Ausgabe stellen wir einen Aufsatz des US-amerikanischen Historikers Joe Perry vor: „The Madonna of Stalingrad: Mastering the (Christmas) Past and West German National Identity after World War II“. Darin untersucht Perry das nationalsozialistische „Kriegsweihnachten“ mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg und dessen zweite Geschichte nach 1945 als „Erinnerungsort“, wobei er die aus Stalingrad überlieferte Madonna-Zeichnung des evangelischen Pastors und Wehrmachtsoberarztes Kurt Reuber zum ‚roten Faden‘ seiner Argumentation macht. Der Text markiert einen Beitrag zu der Forschungsfrage nach den Konstruktionsmechanismen nationaler Identität und sozialer Erinnerung im Nachkriegsdeutschland. Perry argumentiert dabei auf vier Ebenen: Weihnachten und Militär in Deutschland, Wehrmacht, Stalingrad und die Madonna, Nachkriegsre-

zeption sowie nationale Identität, soziale Erinnerung. In dieser Verknüpfung, die die Gemeinschaftsbildung in der postnazistischen christlichen Erinnerungskultur Westdeutschlands aufzeigt, liegt die Originalität seines Aufsatzes begründet.

Dieser fünfte Band des JPG schließt mit dem *Forschungsbericht* von Volker Depkat. Der Autor stellt jüngere Publikationen aus dem Feld der Lebenslauf-, Biografie- und Autobiografieforschung vor. Die Veröffentlichungen aus Literatur- und Kulturwissenschaften, Soziologie und Genderstudies sowie Erziehungs- und Geschichtswissenschaften sichtet er auch mit Blick auf die Spannweite der unterschiedlichen Erkenntnisinteressen, ihrem Beitrag zur historischen Forschung und ihre erinnerungskulturelle Relevanz.

Vorschau auf Band 6

Im Herbst 2015 erscheint Band 6 des JPG. Thema des *Schwerpunktes* wird „Geschichtspolitik und Erinnerungskulturen global“ sein. Im Mittelpunkt stehen dabei weltweite Diffusionsprozesse von vergangenheitspolitischen Normen, die Arenen und Institutionen globaler geschichtspolitischer Praxen sowie das Verhältnis globaler und nationaler Erinnerungskulturen. Wir laden erneut Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ein, bei den Herausgeberinnen und Herausgebern des JPG Manuskripte einzureichen. Darüber hinaus präsentieren wir in der Rubrik *Atelier & Galerie* – unabhängig vom Themenschwerpunkt – neuere Forschungsergebnisse zur Erinnerungskultur und Geschichtspolitik.

Wir freuen uns über methodisch und inhaltlich innovative Beiträge. Die Manuskripte für beide Rubriken, für den *Schwerpunkt* ebenso wie für *Atelier & Galerie*, werden mittels Board Review und Double Blind Peer Review begutachtet.

Dank

Herausgeber/innen sind nichts ohne ihre Autorinnen und Autoren. Deshalb gebührt auch in dieser Ausgabe unser erster Dank allen mitwirkenden Kolleginnen und Kollegen, die mit ihren Beiträgen diesem JPG-Band Weite, ‚Farbe‘ und Tiefe verleihen. Dazu haben auch unsere Gutachter/innen mit Stellungnahmen zu den Aufsätzen der Rubriken *Schwerpunkt* sowie *Atelier & Galerie* einen wichtigen Teil beigesteuert. An diesem Band haben folgende Gutachter/innen mitgearbeitet: Katrin Boeckh, Frank Bösch, Cornelia Brink, Christoph Classen, Jens Gieseke, Irene Götz, Horst-Alfred Heinrich, Michael Kohlstruck, Ludwig Steindorff, Martina Thomsen und Edgar Wolfrum. Auch ihnen danken wir sehr herzlich. Für muttersprachliche Unterstützung geht ein besonderer Dank an Bill Niven.

Dem Franz-Steiner-Verlag danken wir wieder für die stets hilfsbereite Begleitung des Jahrbuchs. Unser besonderer Dank gilt Verlagsleiter Thomas Schaber, der das JPG und dessen Weiterentwicklung immer engagiert und konstruktiv unterstützt.

SCHWERPUNKT:
25 JAHRE EUROPÄISCHE WENDE

GEMEINSCHAFTSBILDUNG DURCH GESCHICHTSPOLITIK? ANLÄUFE DER EUROPÄISCHEN UNION ZUR STIFTUNG EINER ERINNERUNGSBASIERTEN BÜRGERIDENTITÄT

Stefan Troebst

Zusammenfassung: Im Anschluss an die Osterweiterung von 2004 hat die Europäische Union Ansätze zu einer eigenen Geschichtspolitik entwickelt, im Zuge derer 2009 Anti-Totalitarismus als kleinster gemeinsamer Nenner identifiziert wurde. Die Erinnerung an die Gesellschaftsverbrechen der Totalitarismen und an deren Opfer, so diese Vorstellung, soll den Angehörigen der mittlerweile 28 EU-Nationalgesellschaften zum einen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit vermitteln und zum anderen mit Blick auf Gegenwart und Zukunft die EU-weit gemeinschaftliche aktive Ablehnung totalitarismusauffiner Ideologien und Haltungen befördern. Hauptkomponenten des neuen geschichtspolitischen Instrumentariums sind Gedenktage, Parlamentsentschließungen und Museen.

Abstract: In the wake of its Eastern enlargement of 2004, the European Union has developed components of its own politics of history. In doing so, in 2009 anti-totalitarianism has been identified as the lowest common denominator of EU citizens. To remember the mass crimes of totalitarian regimes and their victims is supposed to convey to the members of the 28 national societies a common historical identity. With regard to the present and the future, the joint active condemnation of any form of totalitarian or authoritarian ideologies is called upon. The main components of the new EU politics of history are days of remembrance, parliamentary resolutions and museums.

Im September 2013 hat die Fachabteilung Struktur- und Kohäsionspolitik der Generaldirektion Interne Politikbereiche des Europäischen Parlaments ein umfangreiches Themenpapier mit dem Titel „Europäisches historisches Gedächtnis: Politik, Herausforderungen und Perspektiven“ veröffentlicht, das zu dem Ergebnis kommt, die EU habe seit dem Scheitern des Verfassungsvertrages und der Osterweiterung von 2004 verstärkt „Anstrengungen unternommen, ‚europäisches historisches Gedächtnis‘ zu fördern, um dem europäischen Projekt zusätzliche Legitimität zu verleihen und die Entwicklung einer europäischen Identität voranzubringen“.¹ Mittels „europäischer Gedächtnispolitik“ und „europäischer Erinnerungspolitik“ werde seitdem zielstrebig die „Schaffung eines gesamteuropäischen histo-

1 Europäisches Parlament. Generaldirektion Interne Politikbereiche. Fachabteilung B: Struktur- und Kohäsionspolitik. Kultur und Bildung: Europäisches historisches Gedächtnis: Politik, Herausforderungen und Perspektiven. Themenpapier. Brüssel, September 2013, S. 6, URL: [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/note/join/2013/513977/IPOL-CULT_NT\(2013\)CULT_NT\(2013\)513977_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/note/join/2013/513977/IPOL-CULT_NT(2013)CULT_NT(2013)513977_DE.pdf), letzter Zugriff: 13.7.2014.

rischen Gedächtnisses“ zum „Zweck der Gemeinschaftsbildung, insbesondere im Kontext rascher Veränderungen in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur“ betrieben, wobei „auf den Totalitarismus des 20. Jahrhunderts und den Holocaust als Hauptelementen europäischer historischer Erinnerung fokussiert wird“. ² Dabei gelte es „die Erinnerung insbesondere an den Nationalsozialismus und den Stalinismus wach zu halten, die als negative Gründungsmythen [der EU; S.T.] fungieren“. ³

Im Verlaufe des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts ist die Akzeptanz der Europäischen Union bei den 500 Millionen EU-Bürgern deutlich gesunken. Die *enlargement fatigue*, ausgelöst durch Angst vor den Folgen der ersten Osterweiterung 2004 und Hiobsbotschaften aus den 2007 aufgenommenen Mitgliedsländern Rumänien und Bulgarien, hat das, was Immanuel Kant „interesseloses Wohlgefallen“ genannt hat und heute als *permissive consensus* firmiert, schwinden lassen. Diese Ermüdung stellte sich ein durch das Zusammenwirken mit der Staatsschuldenkrise im Euroraum, dem Fehlen einer medialen europäischen Öffentlichkeit sowie den üblichen Vorwürfen von Demokratie- und Legitimationsdefizit, Bürokratismus und Regelungswut „Brüssels“. Die EU – und hier vor allem ihr Parlament – hat darauf, wie schon öfter in der Vergangenheit, mit verstärkten Versuchen eines Identifikationsmanagement reagiert. Der politisch unhandliche Terminus „Seele“ in der früheren Pathosformel „Europa eine Seele geben“ wurde dabei durch die nicht minder sperrigen Begriffe „Gewissen“ und „Gedächtnis“ ersetzt. Gemeint ist damit eine geschichtspolitische Konzeption, die im Zuge häufig kontroverser Parlamentsdebatten der Jahre 2005–2009 über die Deutung des dramatischen 20. Jahrhunderts entwickelt und im Zuge derer 2009 Anti-Totalitarismus als kleinster gemeinsamer Nenner aller EU-Bürger identifiziert wurde. Die Erinnerung an die Gesellschaftsverbrechen der Totalitarismen und an deren Opfer, so diese Vorstellung, soll den Angehörigen der mittlerweile 28 EU-Nationalgesellschaften zum einen ein gleichsam „viktimes“ Gefühl der Zusammengehörigkeit vermitteln und zum anderen mit Blick auf Gegenwart und Zukunft die EU-weit gemeinschaftliche aktive Ablehnung totalitarismusaffiner Ideologien und Haltungen wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Nazitum, Kommunismus, Faschismus, Stalinismus, Autoritarismus, Demokratiefeindlichkeit befördern. Zu diesem Zweck wurde ein geschichtspolitisches Instrumentarium entwickelt, das aus den Komponenten Gedenktage, Parlamentsentschließungen und Museen besteht.

Geschichtslose Vorgeschichte

Walter Hallstein, der erste Präsident der Europäischen Kommission, hat sich bei diesem Fahrplan zu europäischer Identitätsstiftung qua Geschichtspolitik mutmaßlich im Grabe herumgedreht, hat er doch fünfzig Jahre zuvor eine gegenläufige Parole ausgegeben:

2 Ebd., S. 3, 5, 38.

3 Ebd., S. 38.

„Die Europäische Gemeinschaft hat keine Symbole, sie hat keine Flagge, keine Hymne, keine Parade und keinen Souverän. Sie hat keine Integrationsmittel, die die Sinne ansprechen, das Auge, das Ohr. Das entspricht dem Stil unserer Gemeinschaft, dem Stil der Sachlichkeit, der unpathetischen harten Arbeit. Unser Boden ist die Vernunft mehr als die Emotion, unsere Stärke die begründete Erkenntnis mehr als der Mythos, unsere Kampfform die Diskussion mehr als die Erregung von Leidenschaften.“⁴

Und in der Tat unternahm Brüssel zu Zeiten der Europäischen Gemeinschaft der Sechs keinerlei Anstrengungen mit dem Ziel von Selbstvergewisserung, Identitätsfestigung und Kohärenzsteigerung. Dem Wiener Europa-Historiker Wolfgang Schmale zufolge war die Identitätspolitik der Kern-EG im Zeitraum 1951–1986 eine „vor-reflexive“, bis zur ersten Erweiterung von 1972 gar eine episodische, wobei von einem expliziten Identitätsmanagement mittels Symbolen nicht die Rede sein konnte, geschweige denn von einer zielgerichteten Geschichtspolitik.⁵ Erst der Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks veranlasste die Gemeinschaft der nun Neun auf ihrem Kopenhagener Gipfeltreffen vom Dezember 1973 zur Formulierung einer „Erklärung über die Europäische Identität“. Doch ungeachtet der Verwendung von Begriffen wie „gemeinsames Erbe“, „Geschichte“ und „Vergangenheit“ handelte es sich bei dieser Kopenhagener Erklärung um ein ausgesprochen gegenwarts- und zukunftsbezogenes Dokument, das in erster Linie den „Zusammenhalt gegenüber der übrigen Welt und die daraus erwachsenden Verantwortlichkeiten“ betonte.⁶ Die EG positionierte sich hier mittels Selbstverständigung vor allem nach außen – gegenüber den USA und dem sowjetischen Machtbereich, auch gegenüber China und Japan –, wobei der „innere Zusammen-

- 4 Zit. nach Hans Gresmann: Ein Europa der offenen Tür. Nicht Reißbrettplanung, sondern Fahrplan der Vernunft, in: Die Zeit, 13.4.1962, URL: <http://www.zeit.de/1962/15/ein-europader-offenen-tuer>, letzter Zugriff: 13.7.2014. Noch ein halbes Jahrhundert später konstatierte der Berliner Europa-Historiker Hartmut Kaelble als Hallsteinsche Langzeitwirkung, „[d]ie europäische Identität wirkt daher oft trocken, gefühlsarm, unsinnlich und weit mehr als nationale Identitäten wie eine Kopfgeburt“. Vgl. Hartmut Kaelble: Europäische Identitäten, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte 13 (2012), S. 141–146, hier S. 144.
- 5 Wolfgang Schmale: Geschichte und Zukunft der Europäischen Identität, Stuttgart 2008, S. 121–126. Das bedeutet allerdings nicht, wie Chiara Bottici und Benoît Challand unter Verweis auf die Präambel zum Gründungsvertrag der Montanunion von 1951 hervorgehoben haben, dass es den Gründervätern um Robert Schuman an *Geschichtsbewusstsein* gemangelt habe. Denn in der Präambel heißt es, die Signatäre seien „entschlossen, an die Stelle der *jahrhundertalten Rivalitäten* einen Zusammenschluß ihrer wesentlichen Interessen zu setzen [sowie] durch die Errichtung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft den ersten Grundstein für eine weitere und vertiefte Gemeinschaft unter *Völkern* zu legen, *die lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen entzweit waren*“ [Hervorh. S.T.]. Vgl. Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951 (Auszüge), URL: http://hdg.de/lemo/html/dokumente/JahreDesAufbausInOstUndWest_vertragEgks/index.html, letzter Zugriff: 13.7.2014; Chiara Bottici, Benoît Challand: *Imagining Europe. Myth, Memory, and Identity*, Cambridge 2013, S. 52f. Die Formel von „der historischen Bedeutung der Überwindung der Teilung des europäischen Kontinents“ in der Präambel des Maastricht-Vertrags von 1992 wurde wörtlich in diejenige des Lissabon-Vertrags von 2007 übernommen.
- 6 Dokument über die europäische Identität (1973), in: Hagen Schulze, Ina Ulrike Paul (Hrsg.): *Europäische Geschichte. Quellen und Materialien*, München 1994, S. 280–283, hier S. 280.

halt“ und die „Wesenselemente“ europäischer „Einheit“ nachrangig waren. Mittelfristig aber kam dem Schweizer Politikwissenschaftler Tobias Theiler zufolge der Erklärung von 1973 entscheidende Bedeutung für die weitere Identitätsfindung samt -stiftung der EWG/EG zu: „[B]y the 1980s this had led to the appearance in Commission and EP discourse not only of shared European heritage, a European identity and European values, but also, in places, of a European culture and a European people.“⁷

Ein deutlicher Beleg dafür ist der 1985 veröffentlichte Bericht des Ad hoc-Komitees „On a People’s Europe“, der nach dem Komiteevorsitzenden, dem Italiener Pietro Adonnino, benannt war. Er beinhaltete eine Reihe konkreter Vorschläge an den Europäischen Rat zur Identitätsstiftung, darunter die Einführung eines bereits 1980 vorgeschlagenen EG-weit einheitlich gestalteten Führerscheins, eines europäischen TV-Kanals, einer „European Academy of Science, Technology and Art“, einer „Euro-Lottery“, einer EG-Flagge, eines EG-Emblems, einer EG-Hymne, nationaler Briefmarken mit EG-Bezug sowie das Aufstellen von EG-Hinweisschildern an den Außen- wie Binnengrenzen.⁸ Während die symbol(polit)ischen Komponenten des Adonnino-Berichts konsensfähig waren, waren es seine Institutionalisierungsvorschläge nicht.

Das Jahr 1986 sieht Schmale dann als Beginn einer „reflexiven Phase Europäischer Identitätspolitik“, die ihm zufolge auf sechs „Säulen“ ruht. Diese sind:

1. „Sichtbare Symbole europäischer Zusammengehörigkeit“ wie Flagge, Hymne und Europatag am 9. Mai;
2. die EU-Staatsbürgerschaft samt Wahlrecht zum Europäischen Parlament, kommunalem Wahlrecht am Erstwohnsitz und anderes;
3. der Euro als (fast) gemeinsame Währung;
4. gemeinsame Werte wie Grund- und Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Frieden;
5. „Gemeinsamkeitsstrategien“ wie gemeinsamer Markt und gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

„Schließlich (*Säule 6*) betreibt die EU im Rahmen ihrer sehr weit gefassten Kulturpolitik Geschichtspolitik, um die identitätsstiftende Rolle von Geschichte zu nutzen. Diese Politik äußert sich in einer Fülle von Maßnahmen: die Europaausstellungen, die Schaffung eines europäischen Museums, die Förderung von Publikationen, die Einrichtung einer Verbindungsgruppe von europäischen Zeithistorikern, die Förderung von geisteswissenschaftlichen und

- 7 Tobias Theiler: *Political Symbolism and European Integration*, Manchester u.a. 2005, S. 56. Vgl. auch Oriane Calligaro: *EU Action in the Field of Heritage. A Contribution to the Discussion on the Role of Culture in the European Integration Process*, in: Marloes Beers, Jenny Rafflik (Hrsg.): *National Cultures and Common Identity. A Challenge for Europe?*, Brussels 2010, S. 87–98; Gudrun Quenzel: *Konstruktion von Europa. Die europäische Identität und die Kulturpolitik der Europäischen Union*, Bielefeld 2005.
- 8 Ad hoc Committee „On a People’s Europe“: *Report to the European Council*, Milan, 28 and 29 June 1985, S. 33 (A 10.04 COM 85, SN/2536/3/85), URL: <http://www.ombudsman.europa.eu/de/resources/historicaldocument.faces/de/4659/html.bookmark>, letzter Zugriff: 13.7.2014. Vgl. dazu auch Cris Shore: *Building Europe. The Cultural Politics of European Integration*, London 2000, S. 44–50.

kulturellen Projekten (Europa 2000; Rahmenprogramme), die gemeinsame Aufarbeitung des Holocaust.“⁹

Zu nennen wären des Weiteren Innovationen wie der 1985 eingeführte einheitliche weinrote Reisepass mit der Aufschrift „Europäische Gemeinschaft“ (ab 1993 „Europäische Union“) in der jeweiligen Landessprache sowie der im Alltag der 28 wohl auffälligste Bezug zur EU: das europaweit einheitliche Design von Kfz-Kennzeichen mit dem blau-gelben EU-Emblem, in welches das jeweilige Nationalitätszeichen integriert ist. Überdies gibt es seit 1985 die Ausschreibung für eine „Kulturstadt Europas“ (seit 1999 „Kulturhauptstadt Europas“) sowie seit 1987 den „Women of Europe Award“.¹⁰

Die einschlägigen Empfehlungen eines „Komitees der Weisen“, das Kommissionspräsident Jacques Delors infolge des verheerenden französischen Referendums von 1992 unter der Leitung des ehemaligen belgischen EG-Kommissars Willy de Clercq einsetzte, wurden hingegen nicht umgesetzt. Aufgabe des Komitees war es, Vorschläge zur Optimierung der EG-Kommunikationspolitik zu machen, um so das Image der Gemeinschaft und ihr Zusammengehörigkeitsgefühl zu verbessern. De Clercq und seine Mitstreiter schlugen in ihrem 1993 vorgelegten Bericht unter anderem die Ausstellung einer EU-Geburtsurkunde für alle Neugeborenen, eine „Europäische Bibliothek und Museum“, eine „europäische Dimension“ in allen Schulbüchern und Curricula, einen hierarchisch über nationalen Auszeichnungen stehenden EU-Verdienstorden, ein neues EU-Logo mit dem lateinischen Motto „In Uno Plures“ sowie regelmäßige, europaweit übertragene TV-Ansprachen des Kommissionspräsidenten an „die Frauen und die Jugend Europas“ vor.¹¹

„Geschichte“ als identifikatorischer Referenzrahmen indes blieb bis zur ersten EU-Osterweiterung von 2004 bestenfalls schmückendes Beiwerk Brüsseler Politik, eine Unterkategorie von „Kultur“, wie auch der Primat des Europarats auf diesem Politikfeld seitens Brüssels weitgehend unangetastet blieb. Ein Grund dafür war, dass die Kommission in Brüssel auf das Stichwort „Geschichte“ teilweise allergisch reagierte. Dies ging auf das vernichtende Echo zurück, das eine EG-offizielle Gesamtdarstellung zur Geschichte Europas aufgrund ihres dezidiert „christlich-abendländischen“ Tenors und heroisierend-triumphalen Tons ausgelöst

9 Schmale: *Geschichte und Zukunft der Europäischen Identität*, 2008, S. 127–130, hier S. 128. Vgl. auch Kiran Klaus Patel: *Europas Symbole. Integrationsgeschichte und Identitätssuche seit 1945*, in: *Internationale Politik* 59 (2004) 4, S. 11–18, der die Einführung von Fahne und Hymne der EG als Reaktion auf die niedrige Wahlbeteiligung bei der Europawahl 1984 deutet (S. 16), sowie Shore: *Building Europe*, 2000, S. 40–66; Albrecht Riethmüller: *Die Hymne der Europäischen Union*, in: Pim den Boer et al. (Hrsg.): *Europäische Erinnerungsorte*. Bd. 2: *Das Haus Europa*, München 2012, S. 89–96; Hartmut Kaelble: *European Symbols, 1945–2000: Concept, Meaning and Historical Change*, in: Luisa Passerini (Hrsg.): *Figures d'Europe. Images and Myths of Europe*, Brussels u.a. 2003, S. 47–61; Markus Göldner: *Politische Symbole der europäischen Integration. Fahne, Hymne, Hauptstadt, Pass, Briefmarke, Auszeichnungen*, Frankfurt am Main u.a. 1988.

10 Shore: *Building Europe*, 2000, S. 60–62, 87–122.

11 Ebd., S. 54–56.

hatte.¹² Das Buchprojekt war von der Kommission unterstützt und 1990 veröffentlicht worden. Mit anderen Worten: An dem von Konflikten, Missverständnissen und Verweigerungshaltungen geprägten und primär bilateralen „Abgleich der nationalen Gedächtnisse“ (Dan Diner) im Mittel- und Osteuropa der 1990er-Jahre, wie ihn das Ende des Kalten Krieges und die verhandelten Transitionen von 1989/91 an ermöglicht hatten, war die EG/EU nur peripher beteiligt. Die italienische Zeithistorikerin Oriane Calligaro hat angemerkt, es sei bezeichnend gewesen, dass das Europäische Parlament 1993 zwar eine „Resolution on European and International Preservation of the Sites of Nazi Concentration Camps as Historical Memorials“ verabschiedete, indes den Antrag eines deutschen Abgeordneten auf Einschluss von Gedenkstätten an den Stalinismus abgelehnt habe.¹³ Der Münchner Politikwissenschaftler Michael Weigl vertritt daher die These, „dass sich die europäische Identitätspolitik zwar seit 1990 historisch umorientiert hat, dieser Wandel aber nicht dazu führte, Diktaturerfahrungen identitär breiten Raum einzuräumen, sondern im Gegenteil diese Erinnerungen weiter an den Rand gedrängt worden seien.“¹⁴

In der Fixierung der EU auf die im Jahr 2000 kanonisierte „United in diversity“-Parole sieht er den Grund für das Ausbleiben eines „europäischen Identitätsangebots“, „welches als Dach über den regionalen und nationalen Identitäten fungieren könnte“. Entsprechend konstatiert er, „den europäischen Identitätsangeboten mangelt es seit dem Ende der Blockkonfrontation an einer stringent aus der Historie abgeleiteten Zukunftsvision für Europa, welche alle Bürger gleichermaßen zu emotionalisieren und für Europa begeistern könnte.“¹⁵ Als Ursache für dieses Defizit an Identifikationsfolien führt der Berliner Europahistoriker Hartmut Kaelble an, dass die EU – anders als die in ihr vereinten Mitgliedstaaten – keine einer Nationalgeschichte vergleichbare gemeinsame Geschichte aufweist:

„Lacking are the typical ingredients of national history – a common war of independence, a common period of defeat and suffering, a common period of subsequent reaffirmation of the body politic, a history of common frontiers, and a common historical memory. (...) Europe lacks a symbolic capital such as Paris or London. Brussels is an administrative center, but no capital with which to identify, for lack of what one would expect from a capital: a purposeful architectural ensemble of buildings for the European Parliament, the European Commission,

- 12 Jean Baptiste Duroselle: *Europe. A History of its Peoples*, London 1990. Zur Geschichte dieses Flops vgl. Theiler: *Political Symbolism*, 2005, S. 122–125; Shore: *Building Europe*, 2000, S. 59f.; Norman Davies: *Europe. A History*, Oxford 1996, S. 43f.
- 13 Calligaro: *EU Action in the Field of Heritage*, 2010, S. 94f. Vgl. auch *European Parliament Resolution on European and International Preservation of the Sites of Nazi Concentration Camps as Historical Memorials*, 11 February 1993, in: *Official Journal of the European Communities*, C 72, 15.3.1993.
- 14 Michael Weigl: *Europa neu denken? Zur historischen Umorientierung europäischer Identitätspolitik*, in: Katrin Hammerstein et al. (Hrsg.): *Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit*, Göttingen 2009, S. 177–188, hier S. 178.
- 15 Michael Weigl: *Europas Ringen mit sich selbst. Grundlagen einer europäischen Identitätspolitik*, Gütersloh 2006, URL: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-924884BD9-14FFCD2/bst/Europas_Ringen_mit_sich_selbst.pdf, letzter Zugriff: 13.7.2014.

and the European Council; a European museum, a European opera and theater, a European academy of sciences, a major European university, a European library, European monuments, and European street names.“¹⁶

Daraus ist mit einiger Berechtigung zu schließen, dass die 1973 einsetzenden und seit 1985 verstärkten Brüsseler Versuche, gleichsam auf dem Verordnungswege mit administrativen Maßnahmen europäische Identität zu stiften, wenig wirksam waren. Die von den genannten Autoren angeführte „Geschichtslosigkeit“ und Symbolarmut beziehungsweise das „Mythendefizit“¹⁷ des europäischen Mehrebenensystems waren dann sicher mit ein Grund dafür, dass der *clash of cultures of remembrance*, der die EU trotz der bereits 1989 erfolgten ‚Ansage‘ 2004 im Zuge ihrer Osterweiterung gleichsam unvorbereitet traf, hart ausfiel. Ein anderer Grund war ihr tiefsitzender Okzidentalismus samt Transatlantismus. Die alte EG hatte kein Szenario für ein mögliches Ende des Ost-West-Konflikts entwickelt, geschweige denn für die von ihr rhetorisch mitunter invozierte „Wiedervereinigung des Kontinents“. Und so wenig wie die postkommunistischen Gesellschaften über den europäischen Integrationsprozess wussten, so wenig wussten die ‚alten‘ EU-Mitglieder über die Aufnahmekandidaten „im Osten“. Für das Geschichtsbild der Brüsseler Akteure, für die Geschichtspolitik des Parlaments und für das Identitätsmanagement der EU insgesamt hatte der Umstand, dass die gänzlich andere Sicht der Ostmitteleuropäer auf die Diktaturen des 20. Jahrhunderts von 2004 an von diesen selbst im Europäischen Parlament vorgetragen sowie im Streit mit Abgeordneten aus Westeuropa verteidigt wurde, weitreichende Folgen.

Nach der Osterweiterung¹⁸

Die zwischen Januar 2005 und Januar 2009 angenommenen Entschlüsse des Parlaments („zum Gedenken an den Holocaust sowie zu Antisemitismus und Rassismus“,¹⁹ „zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa am 8.

16 Hartmut Kaelble: Identification with Europe and politicization of the EU since the 1980s, in: Jeffrey T. Checkel, Peter J. Katzenstein (Hrsg.): *European Identity*. Cambridge 2009, S. 193–212, hier S. 207. Vgl. auch Ders.: *Europäische Identitäten*, 2012, S. 143f.

17 Wolfgang Schmale: *Scheitert Europa an seinem Mythendefizit?*, Bochum 1997.

18 Im Folgenden stütze ich mich auf zwei eigene Vorstudien: Stefan Troebst: *Der 23. August als euroatlantischer Gedenktag? Eine analytische Dokumentation*, in: Anna Kaminsky, Dietmar Müller, Stefan Troebst (Hrsg.): *Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 in den Erinnerungskulturen der Europäer*, Göttingen 2011, S. 85–121; Ders.: *Die Europäische Union als „Gedächtnis und Gewissen Europas“? Zur EU-Geschichtspolitik seit der Osterweiterung*, in: Etienne François et al. (Hrsg.): *Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich*, Göttingen 2013, S. 92–155.

19 Entschließung des Europäischen Parlaments zum Gedenken an den Holocaust sowie zu Antisemitismus und Rassismus, 27.1.2005, URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2005-0018+0+DOC+XML+V0//DE>, letzter Zugriff: 13.7.2014.

Mai 1945“²⁰ „zum Gedenken an den Holodomor, die wissentlich herbeigeführte Hungersnot von 1932/33 in der Ukraine“²¹ sowie „zum serbischen Massaker an 8.000 bosnischen Muslimen von 1995 in Srebrenica“²²) bildeten den einen Teil der neuen EU-Geschichtspolitik. Den anderen stellten zwei Parlamentsdebatten dar: 2005 wurde „Die Zukunft Europas 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg“²³ behandelt und anlässlich des „70. Jahrestags des Staatsstreichs durch Franco in Spanien“ fand 2006 die zweite Debatte statt.²⁴ Dabei kam es zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten mit heftigen Wortgefechten zwischen ‚alten‘ westeuropäischen und ‚neuen‘ ostmitteleuropäischen Abgeordneten. Streitpunkt war die auf westeuropäischer Seite befürchtete Enthierarchisierung des Gedenkens der industriellen Vernichtung der Juden Europas durch den Nationalsozialismus zugunsten der von den Osteuropäern geforderten Erinnerung an die stalinistischen Gesellschaftsverbrechen. Der US-britische Europahistoriker Tony Judt hat die Wirkungen der osteuropäischen Stalinismus-Erinnerung auf die sich erweiternde EU in seiner eindrücklichen Gesamtdarstellung *Postwar. A History of Europe since 1945* wie folgt beschrieben:

„With this post-Communist re-ordering of memory in eastern Europe, the taboo on comparing Communism with Nazism began to crumble. Indeed politicians and scholars started to insist upon such comparisons. In the West this juxtaposition remained controversial. Direct comparisons between Hitler and Stalin were not the issue; few now disputed the monstrous quality of both dictators. But the suggestion that Communism itself – before and after Stalin – should be placed in the same category as Fascism and Nazism carried uncomfortable implications for the West’s own past, and not only in Germany. To many western European intellectuals, Communism was a failed variant of a common progressive heritage. But to their central and east European counterparts it was an all too successful local application of the criminal pathologies of twentieth-century authoritarianism and should be remembered thus. Europe might be united, but European memory remained deeply asymmetrical.“²⁵

- 20 Entschließung des Europäischen Parlaments zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa am 8. Mai 1945, 12.5.2005, URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2005-0180&language=DE>, letzter Zugriff: 13.7.2014.
- 21 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. Oktober 2008 zu dem Gedenken an den Holodomor, die wissentlich herbeigeführte Hungersnot von 1932/1933 in der Ukraine, 23.10.2008, URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2008-0523&language=DE>, letzter Zugriff: 13.7.2014.
- 22 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Januar 2009 zu Srebrenica, 15.1.2009, URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2009-0028&language=DE>, letzter Zugriff: 13.7.2014.
- 23 Europäisches Parlament, Plenardebatten, 11.5.2005: Die Zukunft Europas 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20050511+ITEM-016+DOC+XML+V0//DE>, letzter Zugriff: 13.7.2014.
- 24 Europäisches Parlament, Plenardebatten, 4.7.2006: Jahrestag des Staatsstreichs durch Franco in Spanien, URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20060704+ITEM-004+DOC+XML+V0//DE>, letzter Zugriff: 13.7.2014.
- 25 Tony Judt: *Postwar. A History of Europe since 1945*, New York 2005, S. 826. Ebd., S. 165–225, beschreibt Judt die seitens der Sowjetunion oktroyierte Stalinisierung des östlichen Mitteleuropa wie die partielle Selbststalinisierung westeuropäischer Gesellschaften wie Italien

In der Debatte vom 11. Mai 2005 aus Anlass des 60. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs versuchte der amtierende EU-Ratspräsident, der Luxemburger Jean-Claude Juncker, in seinem Eröffnungsstatement die geschichtspolitische Balance zu wahren. Einerseits hob er den Beitrag der „Soldaten der Roten Armee“ zur „Befreiung Europas“ vom Nationalsozialismus hervor und sagte:

„Welch ungeheure Verluste! Wie viele Leben wurden abrupt abgebrochen in Russland, das für die Befreiung Europas 27 Millionen Tote gab! Niemand muss – wie ich es tue – große Liebe für das eigentliche Russland, das ewige Russland empfinden, um anzuerkennen, dass Russland große Verdienste für Europa erworben hat.“²⁶

Andererseits sprach er die ganz andere historische Erfahrung Ostmitteleuropas an:

„Doch die Anfang Mai 1945 wieder erlangte Freiheit wurde nicht überall in Europa in gleichem Maße spürbar. Wir in unserem westlichen Teil Europas, die wir fest in unseren alten Demokratien etabliert waren, konnten nach dem Zweiten Weltkrieg in Freiheit leben, in einer wieder erlangten Freiheit, deren Preis wir kannten. Doch diejenigen, die in Mitteleuropa und in Osteuropa lebten, kamen nicht in den Genuss der Freiheit, die wir fünfzig Jahre lang erlebten. Sie waren einem fremden Gesetz unterworfen. Die baltischen Länder, deren Ankunft in Europa ich begrüßen möchte und denen ich sagen möchte, wie stolz wir darauf sind, dass sie nun zu uns gehören, wurden gewaltsam in ein fremdes Staatsgebilde eingegliedert. Sie erlebten nicht die *pax libertatis*, sondern die *pax sovietika*, die ihnen fremd war. Diese Völker, diese Nationen, die von einem Unglück in das andere stürzten, haben mehr gelitten als alle anderen Europäer. Den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern war nicht das außergewöhnliche Maß an Selbstbestimmung vergönnt, in dessen Genuss wir in unserer Region Europas kamen. Sie waren nicht frei. Sie mussten sich einem System unterordnen, das ihnen aufgezungen wurde.“²⁷

In der anschließenden Aussprache, welche der konservative polnische Abgeordnete Wojciech Roszkowski, von Beruf Zeithistoriker und Ökonom,²⁸ als „vielleicht die wichtigste Debatte über die europäische Identität, die wir seit Jahren geführt haben“, bezeichnete, wandte sich der französische Kommunist und Parlamentsveteran Francis Wurtz vehement gegen eine „Entschuldigung von Naziverbrechen durch einen Verweis auf die stalinistischen Verbrechen“, da „der Nazismus keine Diktatur oder Tyrannei unter anderen war, sondern vielmehr ein vollständiger Bruch mit der gesamten Zivilisation“. Dem hielt das ungarische FIDESZ-Mitglied József Szájer entgegen: „Wer einen unschuldigen Gefangenen aus dem einen Gefängnis befreit und ihn in ein anderes sperrt, ist ein Gefängniswärter und kein Befreier.“ Nahezu sämtliche Abgeordnete aus Ostmitteleuropa betonten, dass der 8.

und Frankreich. Zum neueren Forschungsstand vgl. Michael Geyer, Sheila Fitzpatrick (Hrsg.): *Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared*, Cambridge 2009.

26 Europäisches Parlament, Plenardebatten, 11.5.2005. Juncker entging dabei, dass die Rote Armee keine „russische“, sondern eine sowjetische, das heißt ihrer ethnischen Zusammensetzung nach vor allem eine ukrainische, kasachische, belarussische war.

27 Ebd.

28 Roszkowski, Autor zahlreicher Untersuchungen, Gesamtdarstellungen und Schulbücher zur polnischen Zeitgeschichte, hat bereits vor 1989 unter dem Pseudonym „Andrzej Albert“ eine seinerzeit viel beachtete mehrbändige Geschichte Polens im 20. Jahrhundert in *Solidarność-nahen Untergrundverlagen veröffentlicht (Najnowsza historia Polski, 1918-1980, Warszawa 1983).*

Mai 1945 ohne Kenntnis dessen, was am 23. August 1939 geschah, nicht zu verstehen sei. Roszkowski wandte sich explizit gegen die russländische Geschichtspolitik mit ihrer Relativierung des Hitler-Stalin-Pakts und der Verbrechen des Diktators selbst.²⁹ Die am 12. Mai 2005 angenommene „Entschließung des Europäischen Parlaments zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa am 8. Mai 1945“ invozierte entsprechend die „Erinnerung daran, dass das Ende des Zweiten Weltkriegs für einige Nationen eine erneute Diktatur, diesmal durch die stalinistische Sowjetunion, bedeutete“.³⁰

Dass lediglich 49 Abgeordnete gegen die Entschließung stimmten – bei 33 Enthaltungen und 463 Ja-Stimmen –, lag nicht zuletzt an einer kurz zuvor getätigten Äußerung des Staatspräsidenten der Russländischen Föderation, Vladimir V. Putin. Auf einer Pressekonferenz in Moskau hatte er den Hitler-Stalin-Pakt als „eine persönliche Angelegenheit zwischen Stalin und Hitler“ abgetan und die im Geheimen Zusatzprotokoll vereinbarte territoriale Aufteilung Ostmitteleuropas zwischen dem ‚Dritten Reich‘ und der Sowjetunion als bloße „Rückgabe“ von Gebieten, die Sowjetrußland im Vertrag von Brest-Litovsk 1918 an Deutschland hatte abtreten müssen, bezeichnet.³¹

Die Kluft zwischen Europaparlamentariern aus Ost und West wurde in der Plenardebatte vom 4. Juli 2006 zum 70. Jahrestag des Staatsstreichs durch General Francisco Franco in Spanien 1936 besonders deutlich. Der rechtsnationale polnische Abgeordnete Maciej Marian Giertych bezeichnete dabei den Caudillo als Retter Mittel- und Westeuropas vor der „kommunistischen Pest“:

„Die Existenz von Persönlichkeiten wie Franco (...) in der europäischen Politik hat für den Erhalt traditioneller europäischer Werte gesorgt. Solche Staatsmänner gibt es heute nicht mehr. Bedauerlicherweise sind wir Zeugen eines historischen Revisionismus, der alle Dinge,

29 Europäisches Parlament, Plenardebatten, 11.5.2005.

30 Entschließung des Europäischen Parlaments zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa am 8. Mai 1945, 12.5.2005. Bezeichnenderweise hatten sich Debatten des Europäischen Parlaments vor der ersten Osterweiterung, etwa über die Gültigkeit der Beneš-Dekrete des Beitrittskandidaten Tschechische Republik, nicht in Resolutionsform niedergeschlagen. Vgl. Christian Domnitz: Die Beneš-Dekrete in parlamentarischer Debatte. Kontroversen im Europäischen Parlament und im tschechischen Abgeordnetenhaus vor dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik, Münster 2007.

31 V. Putin o pakte Molotova-Ribbentropa: „Chorošo èto bylo ili plocho – èto istorija“ [V. Putin über den Molotow-Ribbentrop-Pakt: „Ob das gut war oder schlecht – es ist Geschichte“], in: Regnum. Informacionnoe agentstvo, 10.5.2005, URL: <http://www.regnum.ru/news/451397.html>, letzter Zugriff: 13.7.2014. Unter Bezug auf die Verurteilung des Paktes samt Zusatzprotokoll durch den Zweiten Kongress der Volksdeputierten der erodierenden UdSSR am 24.12.1989 hatte Putin überdies verärgert angefügt: „Was will man denn noch? Sollen wir das jedes Jahr wieder verurteilen? Wir halten dieses Thema für abgeschlossen und werden nicht mehr darauf zurückkommen. Wir haben uns einmal dazu geäußert und das genügt.“ (Ebd.) Vgl. auch Tat’jana Timofeeva: „Ob gut, ob schlecht, das ist Geschichte“. Russlands Umgang mit dem Hitler-Stalin-Pakt, in: Osteuropa 59 (2009) 7–8, S. 257–271; sowie Jutta Scherrer: Der Molotow-Ribbentrop-Pakt – (k)ein Thema der russischen Öffentlichkeit und Schule, in: Kaminsky, Müller, Troebst (Hrsg.): Der Hitler-Stalin-Pakt 1939, 2011, S. 155–173; Wolfram von Scheleha: Der Pakt und seine Fälscher. Der geschichtspolitische Machtkampf in Russland zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts, in: Ebd., S. 175–197.

die traditionell und katholisch sind, in einem ungünstigen Licht darstellt, und alles, was weltlich und sozialistisch ist, in einem günstigen Licht. Wir sollten nicht vergessen, dass der Nazismus in Deutschland und der Faschismus in Italien auch sozialistische und atheistische Wurzeln haben.³²

Es war nicht zufällig ein deutscher Abgeordneter – der seit 2012 als EU-Parlamentspräsident amtierende Sozialdemokrat Martin Schulz –, der seinen polnischen Kollegen scharf attackierte: „Das, was wir gerade gehört haben, ist der Geist von Herrn Franco. Es war eine faschistische Rede, die im Europaparlament nichts zu suchen hat.“³³

Eine weitere Zuspitzung erfuhr der Ost-West-Streit 2007 während der Verhandlungen des Rates über einen Rahmenbeschluss zu Rassismus und Xenophobie.³⁴ Polen und die baltischen Staaten verlangten, Massenmord, Deportation, Großen Terror und GULag in der Sowjetunion unter Stalin explizit mit in den Entwurf aufzunehmen, und forderten ein europaweites Verbot der Billigung, Leugnung oder Verharmlosung dieser Verbrechen. Immerhin konnten sie beim Rat einen Teilerfolg erzielen, denn im April 2007 vereinbarten die Justiz- und Innenminister der 27 dazu Folgendes:

„Der Rat ersucht die Kommission, innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Rahmenbeschlusses zu prüfen, und dem Rat Bericht zu erstatten, ob ein zusätzliches Instrument benötigt wird, um das öffentliche Billigen, Leugnen oder gröbliche Verharmlosen von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen mit unter Strafe zu stellen, wenn sich die genannten Straftaten gegen eine Gruppe von Personen richten, die sich durch andere Kriterien definieren als durch Rasse, Hautfarbe, Religion, Abstammung oder nationale oder ethnische Herkunft, wie etwa sozialer Status oder politische Verbindungen.“³⁵

Nur Eingeweihte konnten darin den Bezug auf kommunistische Gesellschaftsverbrechen erkennen. Darüber hinaus wurde angekündigt, die Kommission werde „eine öffentliche europäische Anhörung zu von totalitären Regimen begangenen Völkermordverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen“ durchführen und „gegebenenfalls einen Vorschlag für einen Rahmenbeschluss zu diesen Verbrechen unterbreiten“.³⁶ Diese Anhörung fand unter der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft am 8. April 2008 in Brüssel statt. Geladen waren primär ostmitteleuropäische Experten, und im Zentrum standen kommunistische Staatsverbrechen.³⁷ Die anwesenden EU-Parlamentarier aus Ostmitteleuro-

32 Europäisches Parlament, Plenardebatten, 4.7.2006.

33 Ebd.

34 Rahmenbeschluss 2008/913/JI des Rates vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, URL: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:32008F0913>, letzter Zugriff: 13.7.2014.

35 Rat der Europäischen Union: Mitteilung an die Presse. 2749. Tagung des Rates. Justiz und Inneres, Luxemburg, 19./20.4.2007 (8364/07, Presse 77), S. 25, URL: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/jha/93799.pdf, letzter Zugriff: 13.7.2014.

36 Ebd.

37 Vgl. dazu den Anhörungsbericht: Peter Jambrek (Hrsg.): Crimes Committed by Totalitarian Regimes, Ljubljana 2008, URL: http://www.crce.org.uk/lessons/Articles/eu_hearing.pdf, letzter Zugriff: 13.7.2014.